



Geschäftsführung Ausschuss für Umwelt und Grün

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax: (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 14.08.2012

Niederschrift Öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 03.05.2012, 15:30 Uhr bis 18:06 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE
------------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher	SPD	
Herr Dr. Alexander Fladerer	SPD	
Frau Polina Frebel	SPD	
Frau Dagmar Paffen	SPD	
Herr Bürgermeister Hans-Werner Bartsch	CDU	
Herr Henk van Benthem	CDU	stellvertr. für Frau Nesseler-Komp ab 16:10 Uhr
Herr Niklas Kienitz	CDU	
Herr Jürgen Koch	CDU	stellvertr. für Frau Welcker
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Dr. Matthias Welpmann	GRÜNE	
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	
Herr Klaus Art	Pro Köln	

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Jörg Detjen	DIE LINKE.	stellvertretend für Herrn Fischer
------------------	------------	-----------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Barbara Albat	auf Vorschlag der SPD	
Herr Wilfried Becker	SPD-Fraktion	
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD	
Frau Margret Dresler-Graf	auf Vorschlag der CDU	ab 15:45 Uhr
Herr Heribert Resch	CDU	

Herr Ralf Bilke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Frank Kraus	(FDP) auf Vorschlag der Grünen ab 17:00 Uhr
Herr Mike Pöhler	FDP
Frau Brigitte Grosser	auf Vorschlag pro Köln
Herr Dieter Koberg	auf Vorschlag der Linke.Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Barbara Röttger- Schulz	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Dr. Ludwig Arentz	
Herr Manfred Kaune	
Herr Bernd Kiefer	
Frau Anke Ludwig	
Frau Beigeordnete Henriette Reker	
Herr Günther Strauß	stellvertretend für Herrn Dr. Drösemeier
Herr Peter Winkels	

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Heinz Peter Fischer	Die Linke.Köln
--------------------------	----------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Josef Druckenmüller	auf Vorschlag der CDU
Herr Michael Gybas	auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Minu Nikpay	KÖBES
Frau Maria Blank	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Ausschussvorsitzende RM Frau Dr. Müller begrüßt alle Anwesenden zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün und des Betriebsausschusses für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln.

Sie informiert kurz über die erweiterten Tagesordnungen, deren Erweiterungen am Zusatz "**zugesetzt und zugestellt**" bzw. "**Tischvorlage**" zu erkennen seien.

Die Unterlagen sind bis auf vier Tischvorlagen im Ausschuss Umwelt und Grün (eine Beantwortung unter TOP 2.1, ein Änderungs- bzw. Ergänzungsantrag unter TOP 7.1.1 und zwei Mitteilungen unter TOP 9.7 und 9.8) zugestellt worden.

Zu TOP 7.1 sei eine aktuelle Neufassung der Anlagen 5 (Auszug aus der Niederschrift der BV Innenstadt), 6 (Ergänzung Beschlussvorschlag) und 7 (Präsentation) zugestellt worden.

Im Betriebsausschuss gebe es keine Tischvorlagen.

RM Herr Bacher bemerkt, die CDU-Fraktion habe zu TOP 5.1 im Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb eine Anfrage gestellt. Eine Vertagung dieses Punktes in die nächste Ausschusssitzung mit der Bitte um Beantwortung der Anfrage sei daher angebracht.

Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Die Tagesordnung UG wird wie folgt festgelegt:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Lärmaktionsplanung Köln 2010 / 2012:
Vortrag von Herrn Dr. Werner Pook (Geschäftsführer der Firma ADU cologne GmbH) zu den Ergebnissen aus der Online-Beteiligung in Köln

B Stromsparkampagnen in Köln;
Vorstellung des Energieberaters der Verbraucherzentrale Herrn Klapper

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Broschüre ÖKOPROFIT
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Donath vom 02.02.2012
1615/2012

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Schadstoffbelastung rund um das RheinCenter Köln-Weiden
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 08.12.2011 (AN/2178/2011)
0593/2012

- 3.2 Biodiversität
Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2012 (AN/0385/2012)
1231/2012

- 4 Mündliche Anfragen**

- 5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**

- 5.1 Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz 2012
Antrag der CDU-Fraktion vom 18.04.2012
AN/0527/2012

- 6 Allgemeine Beschlussvorlagen**

- 6.1 Abgrabungskonzentrationszone Immendorf/Meschenich
3550/2011

- 6.2 Pflege- und Entwicklungsplan Rheinufer zwischen Köln-Rodenkirchen und Köln-Bayenthal
0419/2012

- 6.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde
0951/2012

- 7 Mitberatung von Planungsvorlagen**

- 7.1 "Leitlinie Kölner Ringstraßen";
Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen" im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Kölner Innenstadt
5222/2011

- 7.1.1 TOP 7.1 "Leitlinie Kölner Ringstraßen"
AN/0647/2012

- 8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**

- 9 Mitteilungen**

- 9.1 Maßnahmen zum Schutz des Nippeser Tälchens vor Beeinträchtigungen durch bauliche Maßnahmen oder zusätzliche Freizeiteinrichtungen
0489/2012

- 9.2 Sauberes und sicheres Köln - Bilanz 2011
0587/2012

- 9.3 Tiefenwasserbelüftungsanlage und Ergebnisse der Gewässeruntersuchungen am Fühlinger See
0853/2012
- 9.4 Ergebnisse der faunistischen Untersuchungen in den Naturschutzgebieten Rheinaue Worringen - Langel - Merkenich (N1 und N4)
1150/2012
- 9.5 Fortschreibung Luftreinhalteplan und Ausweitung der Umweltzone Köln
1425/2012
- 9.6 Projekt "colognE-mobil"
Modellprojekt für Elektromobilität in Köln erhält Förderung für zweite Phase durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
1542/2012
- 9.7 Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region.
Sachstandsbericht
1662/2012
- 9.8 PFT Fund im Grundwasser Porz Gregel
1594/2012

II. Nichtöffentlicher Teil

- 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 11 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung**
- 12 Mündliche Anfragen**
- 13 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung**
- 14 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 15 Vergaben**
- 16 Mitberatung von Planungsvorlagen**
- 17 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte**
- 18 Mitteilungen**
- 18.1 Mitteilung über vergebene Aufträge
1237/2012

I. Öffentlicher Teil

A **Lärmaktionsplanung Köln 2010 / 2012: Vortrag von Herrn Dr. Werner Pook (Geschäftsführer der Firma ADU co- logne GmbH) zu den Ergebnissen aus der Online-Beteiligung in Köln**

Herr Dr. Pook erläutert mittels eines PowerPoint-Vortrags den Ablauf und die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Lärmaktionsplanung. ¹

In der nachfolgenden Diskussion wird deutlich, dass die Ausschussmitglieder Schritte zur realen und konkreten Umsetzung der Maßnahmen erwarten.

Herr Dr. Arentz betont, es bedürfe einer verwaltungsinternen Abstimmung, um konkrete Projekte zu planen und umzusetzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Informationen aus dem Vortrag zur Kenntnis.

B **Stromsparkampagnen in Köln; Vorstellung des Energieberaters der Verbraucherzentrale Herrn Klapper**

Herr Klapper, der Energieberater der Verbraucherzentrale (VZ), stellt sich und die Angebote der Energieberatung, z. B. vor Ort, vor. Er erläutert die Ziele der Energieberatung vor Ort und informiert über weitere besondere Angebote im Rahmen der Energieberatung. ²

Auf Bitten der Ausschussmitglieder werden die Daten der VZ und von Herrn Klapper in die Niederschrift aufgenommen:

Herr Rudolf Klapper
Dipl.-Ing. Architekt und Energieberater

Verbraucherzentrale NRW
Energieberatung Köln
Neue Weyerstraße 2
59676 Köln

Tel.: 0221/20 53 959

Fax: 0221/24 08 472

E-Mail: koeln.energie@vz-nrw.de

www.vz-nrw.de/energieberatung

www.sparnachbar.de

RM Herr Detjen weist darauf hin, dass verschiedene Ratsmitglieder, u. a. die Herren Bacher und Welpmann, ein Mitglied der CDU und er selbst im Beirat der VZ vertreten seien und die Möglichkeit bestehe, über sie Verbindung zur VZ aufzunehmen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Informationen aus dem Vortrag und von Herrn Detjen zur Kenntnis.

¹ Die Folien des Vortrags sind als pdf-Dokument im Ratsinformationssystem in der Ausschusssitzung abgebildet.

² Die Folien des Vortrags sind als pdf-Dokument im Ratsinformationssystem in der Ausschusssitzung abgebildet.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Keine.

2 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

2.1 Broschüre ÖKOPROFIT Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Donath vom 02.02.2012 1615/2012

SE Herr Donath und RM Herr Brust kritisieren die Beantwortung, da ihnen ein Strompreis von 7 Cent/kWh unrealistisch erscheine. Herr Brust ergänzt, es sei wichtig, die Zahlen, die in eine Broschüre einfließen, zu kontrollieren, da man ansonsten wenig glaubwürdig sei.

3 Schriftliche Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

3.1 Schadstoffbelastung rund um das RheinCenter Köln-Weiden Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Grün vom 08.12.2011 (AN/2178/2011) 0593/2012

RM Herr Bacher fragt hinsichtlich Punkt 4 nach, ob die Verwaltung optimistisch sei, durch die Betriebszeiterweiterung eine Senkung der Schadstoffbelastung zu erreichen.

Die Beigeordnete sagt eine Weiterleitung der Nachfrage an die zuständige Fachverwaltung zu.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

3.2 Biodiversität Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 15.03.2012 (AN/0385/2012) 1231/2012

RM Herr Kienitz fragt, wann mit einem Endbericht zum Thema "Biodiversität" zu rechnen sei.

RM Herr Dr. Welpmann fragt, wie es nach der Auftaktveranstaltung im Januar 2011 weitergegangen sei. Hinsichtlich der personellen und finanziellen Ressourcen im Zusammenhang mit dem Beitritt der Stadt Köln zum Bündnis "Kommunen für ökologische Vielfalt" sei es wichtig "am Ball zu bleiben" und dies nach außen zu dokumentieren.

Frau Reker nimmt zur letzten Frage Stellung. Sie halte nichts davon, inflationär Bündnissen beizutreten und sich zu Dingen zu verpflichten, die man hinterher nicht einhalten könne. Die personellen Kapazitäten seien hierbei das große Problem und es müsse jedes Mal abgewogen werden, welche Verpflichtungen man eingehe und welche nicht.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Stellungnahme der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen der Dezernentin zur Kenntnis.

4 Mündliche Anfragen

4.1 Mündliche Anfrage des Herrn Kienitz Integriertes Klimaschutzkonzept

RM Herr Kienitz bittet um einen aktuellen Sachstandsbericht erstens zum Abschlussbericht zum Integrierten Klimaschutzkonzept und zweitens zur Umsetzung des Sofortmaßnahmenprogramms.

Frau Reker antwortet zu 1., dass dies nicht vor der Sommerpause zu erwarten sei.

Zu 2. seien vorbereitende Gespräche, z. B. auch mit der Verbraucherzentrale und der IHK, durchgeführt worden. Dies alles seien Aufgaben des Klimaschutzkoordinators, den es bislang noch nicht gebe. Die Ausschreibung der Stelle liege vor, sie sei jedoch nicht besetzt, so dass es in dem Bereich nicht weitergehe. Man habe die Zusage, stadtintern eine weitere Stelle im Umweltamt zu erhalten. Dies alles sei ein schwieriges Unterfangen, aber sie versuche hartnäckig, dieses umzusetzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündliche Beantwortung der Anfrage durch die Dezernentin zur Kenntnis.

4.2 Mündliche Anfrage des Herrn Dr. Albach Projekte Frechener Bach und Mutzbach

SB Herr Dr. Albach bemerkt, die naturnahe Verlängerung des Frechener Baches sei eines der Projekte der Regionale 2010 RegioGrün gewesen. Die naturnahe Verlagerung des Mutzbaches sei bereits vor vielen Jahren im Ausschuss für Umwelt und Grün als Projekt beschlossen worden.

In diesem Kontext bitte er um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Behörden wurden bisher an der Genehmigung der Projekte beteiligt und welche müssen noch beteiligt werden?
2. Welche Behörden haben die Projekte genehmigt und welche nicht genehmigt?
3. Sollten Vorbehalte gegen die Genehmigung der Projekte vorliegen, welche sind dies?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

5 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

5.1 Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz 2012 Antrag der CDU-Fraktion vom 18.04.2012 AN/0527/2012

RM Herr Kienitz begründet den Antrag, verweist auf positive Beispiele wie "Ökoprofit" und "Klasseprojekt" und bittet um Unterstützung.

RM Herr Bacher bemerkt, der Antrag müsse eigentlich abgelehnt werden, um nicht noch weiter Verwaltungskräfte in Anspruch zu nehmen. Hinsichtlich der Voraussetzungen für eine Wettbewerbsteilnahme sei die SPD-Fraktion skeptisch. Da der Antrag jedoch als Prüfauftrag verstanden werden könne, könne man ihm zustimmen.

SE Herr Bilke hält den Antrag nicht für zielführend.

Frau Reker erklärt, die Verwaltung könne sich allenfalls vorstellen, das Klimaschutzbildungskonzept einzureichen. Dies sei eine Maßnahme, die es nicht überall gebe und eine Verbindung von vielen Initiativen sei.

RM Herr Dr. Welpmann räumt ein, dass dies eine Möglichkeit sei. Der Aufwand müsse jedoch äußerst gering sein. Er warne davor, unnötig viel Geld auszugeben.

SB Herr Dr. Albach meint, eine Bewerbung mache Sinn, selbst wenn nicht sicher sei, dass man gewinne, zumal wenn nur ein geringer Aufwand getätigt werde.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Voraussetzungen einer Teilnahme der Stadt Köln am Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2012“ des Bundesumweltministeriums zu prüfen und, sofern möglich, entsprechende Bewerbungen in den angebotenen Kategorien fristgerecht abzugeben. Sollte von einer Bewerbung der Stadt Köln am diesjährigen Wettbewerb zum kommunalen Klimaschutz abgesehen werden, ist dies dem Ausschuss gegenüber in der nächsten Sitzung zu begründen. Zudem sind die Perspektiven für eine Teilnahme im kommenden Jahr darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

6 Allgemeine Beschlussvorlagen

6.1 Abgrabungskonzentrationszone Immendorf/Meschenich 3550/2011

RM Herr Dr. Welpmann kündigt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen der Vorlage zustimmen werde. Man habe an dieser Stelle aus rechtlichen Gründen keinen Ermessensspielraum.

Er weist auf die ergänzenden Anregungen der BV Rodenkirchen hin. Man könne den Änderungen jedoch formal nicht zustimmen und bitte daher die Verwaltung, diese Anregungen als Abwägungsmaterial mit in die weitere Bearbeitung des Falles aufzunehmen und zu berücksichtigen. Der Tenor des Ergänzungsantrags aus Rodenkirchen sei, Recycling mehr in den Vordergrund zu rücken und über den verstärkten Ein-

satz von Recyclingbaustoffen letztendlich dem Primärrohstoffkreislauf die Kiesmengen weitgehend zu entziehen, damit man nicht mehr soviel Kies abbauen müsse.

Herr Dr. Welpmann schließt mit der Bitte an die Verwaltung, soweit sie Einfluss habe - z. B. über Baugenehmigungen, runde Tische, Beratungsgespräche mit Baufirmen, insbesondere mit der Bauwirtschaft, die im Recyclingbereich tätig ist - stärker darauf hinzuwirken, dass der Einsatz von Kies zu Gunsten von Recyclingbaustoffen reduziert werde.

SB Herr Dr. Albach kommentiert zu den Ergänzungen der BV Rodenkirchen, er betrachte es aus marktwirtschaftlicher Sicht als bemerkenswert, dass dort beschlossen werde, eine regionale Betonindustrie aufzubauen.

Außerdem betont er, es sei wasserrechtlich verboten, Braunkohlekies zu waschen, da sonst Schwefelverbindungen ins Grundwasser eingetragen würden. Die Frage der Nutzung von Braunkohlekies sei im Ausschuss Umwelt und Grün bereits vor mehr als 2 Jahren ausführlich diskutiert worden.

Herr Dr. Albach hegt die Befürchtung, dass - unter der Voraussetzung, die rechtlichen Voraussetzungen und die politischen Mehrheiten bleiben so wie heute - man damit rechnen müsse, dass die Konzentrationszone so lange in Meschenich bleibe, wie dort Kies sei, der wirtschaftlich zu gewinnen sei.

RM Herr Brust widerspricht Herrn Dr. Albach hinsichtlich des Abbaus von Kies im Braunkohletagebau. Er erinnert an einen Beschluss des Umweltausschusses in den 80er Jahren, dass mit Rheinbraun verhandelt werden sollte, um den Kies, der im Braunkohletagebau Hambach abgebaut wurde, nutzen zu können. Dort würden riesige Mengen ausgekieset, die die Kölner Mengen weit überträfen. Diese seien auf Dauer nicht mehr zu nutzen, da sie mit anderer Erde vermischt würden und auf den Abraumhalten verschwänden. Deswegen müsse dringend über eine Nutzung nachgedacht werden, anstatt woanders auszukiesen. Seines Wissens nach habe es damals die Überlegung gegeben, den Kies per Bahn in den Bereich Escher See / Stöckheimer Höfe zu transportieren und dort zu waschen.

Herr Brust fragt, ob das Waschen von Braunkohlekies tatsächlich verboten sei oder ob es denkbar sei, mit der RWE, ehemals Rheinbraun, zu verhandeln.

Herr Kiefer bestätigt, dass Braunkohlekies sauer sei und nicht ohne weiteres verwandt werden könne. Dies treffe jedoch bei der Braunkohleförderung auf den gesamten Abraum zu. Diesem müsse Kalk zugefügt werden, um einen adäquaten pH-Wert zu erreichen. Auch treffe zu, dass der saure Braunkohlekies nicht in einer gewöhnlichen, mit Grundwasser gefüllten, Kiesgrube gewaschen werden könne. Dies würde zu einer negativen Beeinträchtigung des Grundwassers führen, was wasserrechtlich nicht zulässig sei.

Die Lösung sei in diesem Fall, den Kies in einem vom Grundwasser abgetrennten See oder aber in einer Anlage, bei der das Kieswaschwasser in einem geschlossenen Kreislauf geführt werde, zu waschen. Dabei könne der pH-Wert des Wassers durch die Zugabe von Kalk beeinflusst werden. Dass Braunkohlekies bisher nicht genutzt werde, liege nicht daran, dass dies technisch unmöglich sei. Vielmehr handele es sich dabei um eine unternehmerische Entscheidung der Firma RWE-Power bzw. früher Rheinbraun, bei der ggf. auch Rücksichtnahme auf die örtlichen Kiesgruben eine Rolle spiele.

Herr Kiefer geht auf die Befürchtung von Herrn Dr. Albach ein und erläutert, es sei den Menschen vor Ort tatsächlich nicht zuzumuten, dass dort über die Realisierung des vorliegenden Vorhabens hinaus Kies abgebaut werde. Die Planung sehe daher eine

relativ frühe Rekultivierung vor. Das bedeute, die Bereiche, unter denen sich der noch übrige Kies befinde, werden ökologisch so aufgewertet, dass ein späteres nochmaliges Inangriffnehmen wirtschaftlich nicht sinnvoll sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Albach antwortet Herr Kiefer, dass man dann eine andere Konzentrationszone benötige, wenn es bei den bisherigen Vorgaben der Landesplanung bleibe. Es gebe auch bereits Variantenuntersuchungen und es werde Aufgabe der Stadtplanung sein, durch eine adäquate Flächenausgestaltung zu verhindern, dass sensible, anderweitig besser nutzbare Flächen, dem Kiesabbau anheim fallen. Vielmehr müsse man eine Kiesabbaukonzentrationszone suchen, wo es am wenigsten störe. Herr Kiefer nennt als Beispiel den rechtsrheinischen Süden an der Grenze zu Niederkassel. Dort gebe es bereits Kiesabbau. Es gebe jedoch auch andere Flächen, die in Betracht kämen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Kiefer für die klaren Aussagen und stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung, bittet aber auch noch mal, das Anliegen der BV Rodenkirchen im Abwägungsprozess zu berücksichtigen, auch wenn es formal nicht mitbeschlossen werden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der in Anlage 1 dargestellten Erweiterung der Abgrabung zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von pro Köln.

6.2 Pflege- und Entwicklungsplan Rheinufer zwischen Köln-Rodenkirchen und Köln-Bayenthal 0419/2012

RM Herr Dr. Welpmann meldet für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen Beratungsbedarf an und bittet um Beantwortung zweier Fragen in bzw. vor der nächsten Sitzung. Er möchte wissen, was der vorberatende Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde zu der Vorlage gesagt hat und er fragt, inwieweit es sich bei den Maßnahmen um einen naturschutzrechtlichen Eingriffs- / Ausgleichstatbestand handle.

Einerseits werde in der Vorlage ausgeführt, dass es sich um Vorgaben des Landschaftsplans handle, andererseits soll jetzt flächendeckend gerodet werden, so dass sich die Fragen aufdrängten, was als Ersatz vorgesehen sei und - falls keiner vorgesehen sei - warum nicht.

RM Herr Bacher möchte wissen, ob die Stadt hier in der Verkehrssicherungspflicht sei, diese Maßnahme durchzuführen und daher keine Alternative zur Verfügung stehe.

Herr Kaune unterstreicht, dass es sich genau darum handle und ein entsprechendes Gutachten vorliege. Aus Gründen der Verkehrssicherheit bestehe dringender Handlungsbedarf. Man wolle im Herbst mit den Maßnahmen beginnen. Die anderen Fragen könne man im Detail beantworten. Er sehe nicht, dass an anderer Stelle ein Ausgleich erforderlich sei. Er fragt mit Hinweis auf die einstimmige Beschlusserweiterung der BV Rodenkirchen, den Pflegebereich im Süden bis zur Kirchstraße auszudehnen, ob der

Ausschuss Umwelt und Grün sich dem anschließen wolle. Wenn ja, würde man dies in die Prüfung mit einbeziehen und dem Ausschuss das Ergebnis präsentieren.

Die Ausschussvorsitzende fragt nach, ob es sich bei der Ausdehnung des Pflegebereichs auch um eine verkehrssicherungspflichtige Angelegenheit handle. Und wenn ja, warum dies nicht direkt in die Vorlage eingebunden worden sei.

Herr Kaune sagt einen ausführlichen Bericht zur nächsten Sitzung zu.

Die Ausschussvorsitzende schlägt eine Vertagung der Vorlage vor und bittet die Verwaltung um zeitnahe Stellungnahme vor der nächsten Sitzung.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung am 14.06.2012.

6.3 Neuwahl zweier Stellvertreter für den Beirat der Unteren Landschaftsbehörde 0951/2012

RM Herr Bacher verweist auf die Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NW (DVO-LG) und bittet die Verwaltung, zur Neuwahl der beiden stellvertretenden Mitglieder die doppelte Anzahl von Bewerbern vorzuschlagen. Er habe grundsätzlich keine Einwände gegen die vorgeschlagenen Personen, kritisiere aber, dass die Verwaltung es zulasse, eine Vorlage zu erstellen, die nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche.

SB Herr Dr. Albach äußert den Wunsch, die Vorlage zu vertagen. Die lediglich aus dem Namen und der Adresse bestehende Information über die beiden Bewerber sei ihm zu gering. Daher bitte er, dass sich die zur Wahl stehenden Personen entweder selbst vorstellen oder dass deutlich mehr Information über die fachlichen Hintergründe und evtl. persönliche, für die Beiratstätigkeit relevante Dinge genannt werden. Er betont, es gehe ihm bei der Vorstellung der Kandidaten nicht um eine hochnotpeinliche Befragung, sondern um 5-10 Zeilen zu den zu Wählenden. Dies vermisse er in der Vorlage.

SE Herr Bilke entgegnet, dass es sich bei dem Beirat um ein rein ehrenamtliches Gremium handle. Die Verbände seien aufgerufen, ehrenamtlich tätige, fachkundige Menschen in den Beirat zu schicken. Es sei jedoch für die Verbände nicht einfach, mal eben viel Personal vorzuschlagen. Er stellt zur Diskussion, wie man in Köln mit Engagement umzugehen pflege. Man wolle in Köln ein unabhängiges fachkundiges ehrenamtlich besetztes Gremium, was Politik berate. Daher sollte man sich freuen, dass es Menschen gebe, die sich zu einer solchen Tätigkeit bereit finden.

Nach einer weiteren intensiven und kontroversen Diskussion, u. a. über die gesetzlichen Voraussetzungen zur Wahl des Beirates und das weitere Verfahren, fragt die Ausschussvorsitzende die Verwaltung, ob geklärt werden könne, dass das Verfahren nach Recht und Gesetz ablaufe.

Die Beigeordnete bejaht dies und erklärt, dass sie der Vorlage nicht die Beachtung eingeräumt habe, die sie verdient hätte. Sie verstehe auch die Verärgerung, wenn bereits mehrfach angemahnt worden sei und sagt eine Klärung zu.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung zu verweisen und bittet, die klärende Stellungnahme rechtzeitig vorzulegen. Gegen den Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün vertagt die Beschlussvorlage in die nächste Sitzung am 14.06.2012.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Mitberatung von Planungsvorlagen

7.1 "Leitlinie Kölner Ringstraßen"; Ergebnis der "Interdisziplinären Planungswerkstatt Kölner Ringstraßen" im Rahmen der Umsetzung des städtebaulichen Masterplans Kölner Innenstadt 5222/2011

7.1.1 TOP 7.1 "Leitlinie Kölner Ringstraßen" AN/0647/2012

RM Herr Bacher weist auf den vorliegenden Änderungs- bzw. Zusatzantrag hin und macht darauf aufmerksam, dass man mit ihm Irritationen, die durch die vorhandenen Formulierungen entstehen könnten, entgegen wirken wolle, indem man eine Präzisierung vorgenommen habe.

Er erläutert die einzelnen Änderungen, die sich auf die Seite 6 und Seite 13 der Leitlinien beziehen. Im Wesentlichen gehe es darum, nicht jede Kreuzung von Baumbe- wuchs freizustellen, außer der Platane als Leitbaum auch andere Baumarten zuzulas- sen, Grün nicht in erheblichem Maß zu reduzieren und den Freiraum am Sachsenring zu erhalten. Abschließend bittet Herr Bacher die übrigen Fraktionen um Zustimmung.

RM Herr Detjen fragt, ob die Verwaltung eine Stellungnahme zu den umfangreichen Vorschlägen der BV Innenstadt abgegeben habe. Da dies verneint wird, bittet er die Verwaltung, zur bzw. noch vor der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses eine Stellungnahme abzugeben, damit sich die Fraktionen entsprechend vorbereiten kön- nen.

Beigeordnete Frau Reker sagt zu, die Bitte weiterzugeben, damit dies rechtzeitig ver- anlasst werden kann.

- Zunächst lässt die Ausschussvorsitzende über den Änderungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird aus grün- und umweltpolitischer Sicht mit folgender Maßgabe modifiziert.

Die „Leitlinie Kölner Ringstraßen“ wird wie folgt geändert:

- **Seite 6 der Leitlinien: „Einblicke in die angrenzenden Räume sind möglich“**
Der Absatz soll wie folgt neu gefasst werden:

„In den Kreuzungsbereichen von Ringstraßen und Querachsen sind die Blickachsen in die angrenzenden Quartiere sowie auf Stadtbildmarken (beispielsweise Kirchen) auch zur Erleichterung der Orientierung freizuhalten wünschenswert. Darüber ist im Rahmen von Einzelfallprüfungen zu entscheiden. ~~Das kann durch Wegnahme oder das Beschneiden bestehender Bäume erreicht werden.“~~

- **Seite 6 der Leitlinien: „Die Platane als Leitbaum der Ringe“**
Diese Formulierung in den Leitlinien ist wie folgt zu modifizieren:

„Die Platane wird auf den Ringstraße weiterhin als sogenannter Leitbaum und im Rahmen von Neu- und Ersatzpflanzungen eingesetzt. Ergänzend zu dieser Baumart ist ~~es denkbar,~~ an städtebaulich besonderen Orten (beispielsweise Plätzen oder Engstellen) mit anderen geeigneten Baumarten die Charakteristik des Raumes zu unterstreichen.“

- **Seite 6 der Leitlinien: „Bäume und Rasenflächen gliedern die Ringe“**
Der Text der Leitlinie ist wie folgt zu modifizieren:

„Ein ~~reduziertes aber~~ niveauvolles Repertoire aus Bäumen und Rasenflächen, das vielfach variiert werden kann, kennzeichnet die künftige Gestaltung der Kölner Ringstraßen... (weiter wie Text)“

- **Seite 13: Sachsenring**
Der Text der Leitlinie ist wie folgt zu modifizieren:

„Die Fläche östlich des Sachsenringes soll grundsätzlich ~~— im Sinne der historischen Fassung — eine bauliche Kante in Form einer (Wohn-) Bebauung erhalten~~ bleiben. ~~Sollte eine solche Lösung nicht zum Zuge kommen muss~~ Die Freifläche sollte einer der Ringstraße angemessenen Gestaltung und Nutzung zugeführt werden. ~~Eine evtl. langfristig gewünschte Bebauung darf hierdurch jedoch nicht präjudiziert werden.“~~

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von pro Köln.

- Abschließend lässt die Ausschussvorsitzende über den so geänderten Beschluss-text abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt **mit unten stehenden Modifizierungen** zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss

1. nimmt die "Leitlinie Kölner Ringstraßen" in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis und beschließt, diese im Rahmen von Planungen, Projekten und Vorhaben entlang der Kölner Ringstraßen und der sie begleitenden Plätze künftig grundsätzlich anzuwenden;
2. beschließt, die in der "Leitlinie Kölner Ringstraßen" benannten notwendigen inhaltlichen Vertiefungen (Definition der Oberflächenmaterialien, Möblierungskonzept) frühzeitig durchzuführen und stellt hierzu den Bedarf fest. Im Haushaltsjahr

2012 sind entsprechende Mittel in Höhe von 40.000 € im Teilplan 0901-Stadtplanung, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen unter dem Sachkonto 529900 – sonstige Dienstleistungen berücksichtigt. Die Umsetzung erfolgt erst nach genehmigtem Haushalt 2012 und nicht während der vorläufigen Haushaltsführung;

3. beschließt eine freihändige Einzelvergabe an das Planungsteam Ackers Partner Städtebau, Braunschweig, mit Kuttner+Kahl, SBI, zur Bearbeitung des bestehenden Planungs- und Untersuchungsauftrags gemäß Ratsbeschluss vom 13.10.2011, TOP 10.16, zu Vorlage 4602/2010 und AN/1848/2011. Die Mittel in Höhe von rund 190.000 € sind im HPL-Entwurf 2012 im Teilfinanzplan 1202-Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen – berücksichtigt.

Die „Leitlinie Kölner Ringstraßen“ wird wie folgt geändert:

- **Seite 6 der Leitlinien: „Einblicke in die angrenzenden Räume sind möglich“**
Der Absatz soll wie folgt neu gefasst werden:

„In den Kreuzungsbereichen von Ringstraßen und Querachsen sind die Blickachsen in die angrenzenden Quartiere sowie auf Stadtbildmarken (beispielsweise Kirchen) auch zur Erleichterung der Orientierung freizuhalten wünschenswert. Darüber ist im Rahmen von Einzelfallprüfungen zu entscheiden. ~~Das kann durch Wegnahme oder das Beschneiden bestehender Bäume erreicht werden.“~~

- **Seite 6 der Leitlinien: „Die Platane als Leitbaum der Ringe“**
Diese Formulierung in den Leitlinien ist wie folgt zu modifizieren:

„Die Platane wird auf den Ringstraße weiterhin als sogenannter Leitbaum und im Rahmen von Neu- und Ersatzpflanzungen eingesetzt. Ergänzend zu dieser Baumart ist ~~es denkbar~~, an städtebaulich besonderen Orten (beispielsweise Plätzen oder Engstellen) mit anderen geeigneten Baumarten die Charakteristik des Raumes zu unterstreichen.“

- **Seite 6 der Leitlinien: „Bäume und Rasenflächen gliedern die Ringe“**
Der Text der Leitlinie ist wie folgt zu modifizieren:

„Ein ~~reduziertes aber~~ niveauvolles Repertoire aus Bäumen und Rasenflächen, das vielfach variiert werden kann, kennzeichnet die künftige Gestaltung der Kölner Ringstraßen... (weiter wie Text)“

- **Seite 13: Sachsenring**
Der Text der Leitlinie ist wie folgt zu modifizieren:

„Die Fläche östlich des Sachsenringes soll grundsätzlich ~~– im Sinne der historischen Fassung – eine bauliche Kante in Form einer (Wohn-) Bebauung erhalten~~ bleiben. ~~Sollte eine solche Lösung nicht zum Zuge kommen muss~~ Die Freifläche sollte einer der Ringstraße angemessenen Gestaltung und Nutzung zugeführt werden. ~~Eine evtl. langfristig gewünschte Bebauung darf hierdurch jedoch nicht präjudiziert werden.“~~

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Keine.

9 Mitteilungen

9.1 Maßnahmen zum Schutz des Nippeser Tälchens vor Beeinträchtigungen durch bauliche Maßnahmen oder zusätzliche Freizeiteinrichtungen 0489/2012

RM Herr Dr. Welpmann verweist auf den Beschluss des Ausschusses, das Nippeser Tälchen durch geeignete Maßnahmen zu schützen. Trotzdem wurden im Randbereich nicht unerhebliche Eingriffe registriert, so dass sich die Frage stelle, ob der Intention des Umweltausschussbeschlusses angemessen Rechnung getragen werde oder ob man nicht auf andere Varianten, z. B. die Unterschutzstellung, zurückgreifen müsse. Er appelliert daher an die Verwaltung, diesen Beschluss konsequent umzusetzen und keine Baugenehmigung zu erteilen.

Den Vorschlag im letzten Absatz der Mitteilung, die Straße zu einem Rad- und Fußweg zurück zu entwickeln, halte man für eine gute Idee und bitte um eine entsprechende Vorlage.

Herr Kaune sichert zu, dass die Verwaltung das Nippeser Tälchen mit den Maßnahmen und den Festsetzungen im B-Plan schützen könne, so dass dort keine weitere Bebauung stattfinde. Den Vorschlag im letzten Absatz werde man wie skizziert in die Wege leiten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung und die mündlichen Ausführungen von Herrn Kaune zur Kenntnis.

9.2 Sauberes und sicheres Köln - Bilanz 2011 0587/2012

RM Herr Brust dankt der Verwaltung für die Mitteilung und verweist auf deren Fazit mit der Bitte zu prüfen, ob es rechtlich möglich sei, in öffentlichen Grünanlagen Einweggrills zu verbieten.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

9.3 Tiefenwasserbelüftungsanlage und Ergebnisse der Gewässeruntersuchungen am Fühlinger See 0853/2012

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.4 Ergebnisse der faunistischen Untersuchungen in den Naturschutzgebieten Rheinaue Worringen - Langel - Merkenich (N1 und N4)
1150/2012**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.5 Fortschreibung Luftreinhalteplan und Ausweitung der Umweltzone Köln
1425/2012**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die umgedruckte Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**9.6 Projekt "colognE-mobil"
Modellprojekt für Elektromobilität in Köln erhält Förderung für zweite Phase durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS)
1542/2012**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die Mitteilung zusammen mit TOP 9.7 auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

**9.7 Förderung der Elektromobilität in Köln und der Region.
Sachstandsbericht
1662/2012**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

**9.8 PFT Fund im Grundwasser Porz Gregel
1594/2012**

Der Ausschuss Umwelt und Grün bittet, die als Tischvorlage umgedruckte Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

gez. Dr. Sabine Müller
(Ausschussvorsitzende)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)